

# Dossier kontrapunkt

## Lernen aus der Krise.

### Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus

#### Teil 5: Analysen zur Finanzmarkt- und zur Wirtschaftskrise

##### 5.1. Systemische Ursachen der Weltwirtschaftskrise<sup>1)</sup> (Beitrag zum Dossier Manifest 2 von Kontrapunkt)

Mario von Cranach

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist zu grossen Teilen auf gravierende Systemfehler der globalen Finanzwirtschaft zurückzuführen; diese erst gaben der Verantwortungslosigkeit und der Erfolgsideologie, dem Leichtsinns und den Irrtümern, dem moralischen Fehlverhalten und der kriminellen Energie mancher „Player“ im allzuweiten Markt den Spielraum, weltweiten Schaden anzurichten. Manche dieser fehlerhaften Strukturmerkmale und Funktionsprinzipien scheinen Abstürze geradezu einzuladen; sie waren (auch für wirtschaftswissenschaftliche Laien) offensichtlich und gut bekannt. Es gab viele Hinweise, die aber von der Mehrheit der wirtschaftlichen Fachleute und Akteure in ihrer Fixierung auf Wachstum, auf echte und fiktive Gewinne nicht zur Kenntnis genommen wurden; warnende Stimmen wurden lächerlich gemacht. In diesem Aufsatz versuche ich, diese fehlerhaften Merkmale allgemeinverständlich darzustellen, damit sie künftig bei den Verantwortlichen (und das sind wir in der Demokratie eigentlich alle) mehr Aufmerksamkeit finden. Nichts daran ist neu, aber vieles wird beharrlich ignoriert.

#### **I. Krisenrelevante Merkmale und Funktionsprinzipien der globalen Finanzwirtschaft**

*Hier geht es zunächst um grundlegende Merkmale unseres globalen Wirtschaftssystems, welche die Entstehung von Krisen wie der aktuellen begünstigen: um den ungebremsten Kapitalismus mit seiner Rechtfertigungsideologie des neoklassischen Liberalismus, die Existenz übergrosser Unternehmen, den teils unkontrollierten Einfluss der Wirtschaft auf die Politik und das Ungleichgewicht in den wirtschaftlichen Leistungsbilanzen grosser Länder.*

## 1. Kapitalismus und die Ideologie des neoklassischen Liberalismus

Zunächst zum **Kapitalismus**: Heute leben die Menschen in allen voll entwickelten Ländern in einer *kapitalistisch organisierten, staatlich unterstützten Marktwirtschaft*<sup>2)</sup>, und ich möchte gleich hier klarstellen, dass ich kein anderes praktisch erprobtes Wirtschaftssystem kenne, das im gleichen Masse geeignet ist, „Wohlstand für Viele“<sup>4)</sup> hervorzubringen, *wenn seine Gefahren beachtet und notwendige Begrenzungen realisiert werden*. Diese Bedingungen zu erfüllen, erfordert aber heute, wie aus den Analysen dieses Aufsatzes hervorgeht, grundlegende Änderungen vor allem in den folgenden drei Merkmalen :

- *Das Kapital gilt als der vorrangige Produktionsfaktor*, besitzt also Vorrang z.B. gegenüber der Arbeit. - Demgegenüber wäre es heute erforderlich, die Arbeit wenigstens gleichzustellen.

- Es unterliegt dem *Gewinn-Gewinn-Prinzip*: der Einsatz von Kapital muss Gewinn abwerfen, wächst dadurch und produziert im nächsten Schritt mehr Gewinn (den Spezialfall des Zinses-Zinses mit seinem exponentiellen Wachstum haben wir alle in der Schule kennengelernt.) Der Gewinn ist erforderlich, weil sonst für den Kapitalbesitzer kein Grund besteht, es der Produktion als „*Kredit*“ zur Verfügung zu stellen. Das Wort Kredit beruht auf dem lat. *credere* = *glauben* und verweist darauf, dass der Kreditgeber auch darauf *vertrauen* muss, sein ausgeliehenes Kapital zurückzuerhalten.

Das Gewinn-Gewinn-Prinzip führt zum **Wachstumszwang**: die kapitalistische Wirtschaft muss in einer „Wachstumsspirale“ wachsen, nach H. Binswangers vorsichtiger Einschätzung um mindestens 1,8%<sup>5)</sup>; sonst bricht das System zusammen. - Heute halte ich es, entgegen der herrschenden Tendenz, für wünschenswert, das Wachstum auf ein notwendiges Minimum zu beschränken.

- *Der Schutz des Kapital-Eigentums ist unbegrenzt*, was die schiere Grösse anbelangt; eine Person könnte im Prinzip das gesamte Volksvermögen besitzen. - Demgegenüber sollten wir heute erneut versuchen, das alte Grundproblem der „gerechten Verteilung“ zu lösen.

Der **neoklassische Liberalismus**<sup>6)</sup>, eigentlich eine wirtschaftswissenschaftliche Schule, ist seit etwa 1980 nach und nach zur in den meisten entwickelten Ländern einflussreichsten, wenn nicht herrschenden gesellschaftspolitischen Doktrin geworden und wurde zur Rechtfertigungsideologie eines ungebremsten Kapitalismus. Merkmale sind in seiner ausgeprägten Form ein *extremer Individualismus* und der Vorrang von *Freiheit* (tatsächlich aber im Sinne einer Wirtschaftsfreiheit zur freien Kapitalverwertung) und *Eigenverantwortung* vor *Gleichheit und Solidarität*. Die *soziale Verantwortung der Wirtschaft* wird bestritten, der *Gewinnanspruch des Kapitals* absolut gesetzt und der *Kapitalgewinn (Shareholder- Value)* zum einzigen *Gradmesser wirtschaftlichen Erfolges* erklärt. Der Staat soll möglichst zurückgedrängt, auf die Sicherung des Marktes und die Wahrnehmung der *Geldpolitik* beschränkt werden. Möglichst alle wirtschaftlichen Unternehmen und Prozesse sollen deshalb *privatisiert, dereguliert* und *liberalisiert* werden.

Der *freie Markt* soll die meisten wirtschaftlichen (und viele gesellschaftliche) Probleme allein und besser lösen; *Wettbewerb* wird für entscheidend gehalten, Kooperation vernachlässigt.

Soweit die Forderungen - und so wurde es weitgehend auch gemacht, wenngleich überall Reste einer *gemischten Wirtschaft* (Markt und Staat) erhalten blieben und viele Unternehmer und Manager weiterhin versuchten, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen. Ohne die ideologische Grundlage des Neoliberalismus ist die Entwicklung auch der Finanzwirtschaft in den letzten Jahrzehnten nicht zu verstehen.

## **2. Die Existenz übergrosser Unternehmen**

Die fortschreitende Globalisierung förderte in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in der Finanz- wie auch in der Realwirtschaft die Entstehung übergrosser international tätiger Unternehmen (in der Schweiz z.B. Nestlé, Novartis, Hoffman Laroche, Swiss Re, die UBS und CS). Grosse „Multis“ können eine Bereicherung darstellen und in Krisenzeiten die Volkswirtschaft stabilisieren, stellen aber ein „Klumpenrisiko“ dar, wenn sie selbst in eine Krise geraten, wie die Rettungsaktionen des Bundes für die UBS, oder der US-Regierung für GM erneut gezeigt haben. Denn wenn Grossunternehmen durch Management-Fehler oder andere Umstände in Schwierigkeiten geraten, können sie die gesamte Volkswirtschaft mit in den Abgrund reissen, so dass ihnen staatliche Hilfe gewährt werden muss („too big to fail“).

## **3. Der politische Einfluss der Wirtschaft**

Im Prinzip muss die Politik natürlich wirtschaftliche Interessen berücksichtigen; das sollte in der Demokratie aber offen und über legale Mechanismen, (wie z.B. Vernehmlassungen) geschehen. Heute üben die Wirtschaft, ihre Verbände und insbesondere die grossen Konzerne in allen entwickelten Ländern<sup>7)</sup> und global eine unkontrollierte und unkontrollierbare Macht auf politische Entscheidungen aus. Viele Demokratien, z.B. die der USA, entwickeln sich langsam zur *Plutokratie* (= Herrschaft des Geldkapitals). Dieser Einfluss wirkt sowohl im Rahmen internationaler Organisationen (das Beispiel der WTO) als auch der demokratisch legitimierten staatlichen Strukturen (Parlamente, Regierungen, Behörden, Organe der Wirtschaftskontrolle etc.), und ebenso offen wie verdeckt. Mittel dazu sind

- *die Finanzierung von Parteien, Abstimmungen und Wahlen* (in der Schweiz z.B. der Einsatz von Economie Suisse; Christoph Blochers Finanzierung der SVP etc.)
- *die personelle Infiltration der Strukturen* (in der Schweiz das Bundesparlament, aber auch Fachbehörden wie die Eidgen. Bankenkommission)
- *Lobbying* (in den USA nahm die Grösse der jährlich eingesetzten Mittel seit 1983 um das 23fache, auf heute 2,2 Milliarden \$ zu! Die Schweizer Zahlen sind wie so oft unbekannt.
- *Beeinflussung und Kontrolle der Medien* (ein krasses Beispiel ist Berlusconis Kontrolle des italienischen Fernsehens).

Im Zeichen des neoklassischen Liberalismus wird dieser Einfluss sowohl zur langfristigen Beeinflussung staatlicher Strukturen oder Gesetze (z.B. das Schweizer „Bankgeheimnis“) als auch im Sinne kurzfristiger Gewinnmaximierung eingesetzt. Kurzfristige wirtschaftliche Interessen können langfristige Entwicklungen

beeinflussen und notwendige Reformen erschweren. Der politische Einfluss der Finanzwirtschaft dürfte bei der Entstehung der Finanzkrise, z.B. durch die Neutralisierung von Kontrollfunktionen

(man denke an die durch die Bankenkommision genehmigte Senkung der Eigenmittel der Schweizer Grossbanken, oder die Zulassung zweifelhafter Finanzprodukte in den USA) eine wesentliche Rolle gespielt haben.

#### **4. Ungleiche Leistungsbilanzen und Verschuldung der Länder**

Seit Jahren entwickelten sich immer grössere Unterschiede in den Leistungsbilanzen verschiedener Länder. Dazu gehören natürlich viele hochverschuldete Entwicklungsländer. Besorgniserregend ist vor allem der Fall der USA, der grössten Volkswirtschaft und „Konjunkturlokomotive“ der Welt: Ausgehend von negativen Handelsbilanzen, nahm ihr *Leistungsbilanzdefizit* in den letzten Jahren stetig zu (2007 betrug es 800 Mrd. Dollar (= 5,7% des US-BIP), begleitet von einer immer grösseren *Verschuldung* gegenüber anderen Ländern (vor allem China, den Ölförderländern, Japan und Deutschland). Bereits 2005 betrug die US-Nettoverschuldung 22% des BIP. Auch die japanische Staatsverschuldung ist seit Jahren sehr hoch, obwohl das Land zu den Kapitalexporthuren gehört. Diese Ungleichgewichte wurden seit Jahren als Risiken für die globale Wirtschaft diskutiert. Eine abrupte Anpassung könnte, so wurde argumentiert, sogar zu einer Weltwirtschaftskrise führen<sup>8)</sup>.

#### **5. Unzureichende Regulierung der globalen Wirtschaft**

„Leider haben wir keine Weltregierung, die den Menschen aller Länder rechenschaftspflichtig ist und die den Globalisierungsprozess in ähnlicher Weise gestalten könnte, wie die US-amerikanische und andere nationale Regierungen die Entstehung nationaler Volkswirtschaften steuerten. Stattdessen haben wir ein System, das man *globale Politikgestaltung ohne globale Regierung* nennen könnte, in dem einige wenige Institutionen – Weltbank, IWF, WTO - und einige Akteure – die Finanz-, Wirtschafts- und Handelsminister, die eng mit bestimmten Finanz- und Handelsinteressen verquickt sind, das Sagen haben“ (Joseph Stiglitz<sup>9)</sup>).

Die rund 50 internationalen Organisationen mit ihren jeweiligen Zielsetzungen sind schlecht vernetzt und unterscheiden sich auch in den Machtmitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Weltbank widmet sich der Armutsbekämpfung, der Weltwährungsfonds der Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität, die mächtige WTO macht Druck auf die Nationalstaaten, ihre Märkte (auch für Dienstleistungen) zu öffnen. Aber inzwischen, seit diese Aufgabenteilung im „Washington Consensus“ Anfang der achtziger Jahre und mit der Gründung der WTO 1995 festgelegt worden war, hat die Globalisierung die Finanzwirtschaft voll erfasst. Die USA glaubten (glauben sie es heute noch?), über ihre Leitwährung, den US-Dollar, genügend Einfluss ausüben zu können; die Einflussmöglichkeiten der Nationalbanken kleiner Länder sind begrenzt. – Kurzum, man begann, die Häuser und Hütten des globalen Dorfes zu einem riesigen Gebäude zusammenzufassen, verzichtete aber auf eine zentrale Hausverwaltung; und man vergass die Brandmauern und Feuerschutztüren.

## **II. Die Entstehung der Buchgeldblase**

*Das Gewinn-Gewinn-Prinzip führt, auf der Basis einer immer ungleicher werden Einkommens- und Vermögensverteilung, zu gewaltigen Kapitalanhäufungen. Diese bestehen vor allem in Buchwerten (Wertpapieren) und Buchgeld (Guthaben, denen Schulden gegenüberstehen). Die „Kreditschöpfung“ der Banken schafft weiteres Buchgeld. Die heute hohe Umlaufgeschwindigkeit (Transaktionen in Gleichzeit) führt zu einem astronomischen Umsatz; der umgesetzten Buchgeldmenge fehlt jeder Bezug zu den in der Realwirtschaft geschaffenen Werten.*

## **6. Zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung**

Wie steht es mit der Verteilung der Einkommen und Vermögen? Die folgenden Daten dreier verschiedener Länder sind wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht unmittelbar vergleichbar, zeigen aber doch ein ähnliches Bild:

- In den USA haben die Einkommen des untersten Fünftels der Bevölkerung von 1980 bis 2007 um 12%, die des obersten Fünftels um 50%, die der obersten 5% der Bevölkerung um ca. 72% zugenommen.<sup>10)</sup>  
In den USA verfügte 1998 (letzte Daten) das reichste Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des gesamten US-Vermögens, mehr als die ärmsten 90% der Bevölkerung zusammen besaßen (1976 war es noch ein Fünftel). Das durchschnittliche Haushaltseinkommen dieser Gruppe betrug im Jahr 2004 volle 16 Millionen \$ (1976 noch ca. 6 Mio.\$).<sup>11)</sup>
- In Deutschland hat sich der Vermögensunterschied zwischen dem ärmsten und dem reichsten Zehntel der Bevölkerung zwischen 2002 und 2007 weiter erhöht. Nur die Reichsten konnten ihr Vermögen vergrößern. 2007 besaß das unterste (ärmste) Dezil (= Zehntel) -1.6% des Volksvermögens – die Armen haben Schulden. Das 9. Decil verfügte über 19% , das reichste Decil dagegen über 61,1 % des Volksvermögens<sup>12)</sup>.
- Die Daten für die Einkommensverteilung in der Schweiz waren bis in die späten 90er Jahre spärlich und lückenhaft, für die Vermögensverteilung sind sie es noch heute; daher sind längerfristige Entwicklungstrends schwierig festzustellen.  
Im Jahr 2005 verfügte das ärmste Dezil der Haushalte über ein Bruttoeinkommen von 25 000. Fr., das reichste Dezil von 250 000. Fr., die reichsten 2% von über 420 000 Fr.. Innerhalb der ärmsten und der reichsten Gruppe gibt es aber noch sehr grosse Unterschiede. Die prozentuale Veränderung der Bruttoeinkommen von 1999 bis 2005 zeigt im untersten Dezil einen Zuwachs von 0.8 % , im 7. und 8. Dezil von 11.6 und 11.9 % , im 10. Dezil von 8.3 % .  
Was die Vermögensverteilung anbelangt, so versteuerten 2003 die ärmsten 29% kein Vermögen, andererseits versteuerten die reichsten 0.1% ein Vermögen von über 10 Mio. Franken. Die reichsten 3.7% der Bevölkerung verfügten über 54.1% , die unteren 68.4% hielten einen Anteil von 5.6% des Volksvermögens von insgesamt 995 Milliarden Fr.<sup>13)</sup>.

Zu dieser Entwicklung hat auch die *Vererbung grosser Vermögen* beigetragen.

Wir können wohl davon ausgehen, dass in allen kapitalistischen Ländern eine grosse und weiter wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen existiert; und diese Annahme gilt wahrscheinlich auch für viele Entwicklungs- und Schwellenländer.

Das ist eine wesentliche Ursache der Entstehung der Buchgeldblase: Die Armen und der Mittelstand verbrauchen ihre Einkommen oder legen Ersparnisse in Wohneigentum und Altersvorsorge an, nur die Reichen und Superreichen können grössere und dann auch exponentiell wachsende Buchgeld-Vermögen erwerben.<sup>14)</sup>

## **7. Die Buchgeldvermögen sind astronomisch gewachsen**

Ich habe hier nur Daten aus Deutschland zur Verfügung<sup>15)</sup>:

(In Milliarden:)

<u>Jahr</u>	<u>Buchgeldvermögen</u>	<u>BIP</u>
1950	59	105
1975	1541	1029
2000	11936	3976

Auf eine ähnliche Entwicklung weist Guptara (2008)<sup>16)</sup> hin: Die Geldvermögen in Deutschland wuchsen zwischen 1950 und 1995 um den Faktor 461, das Bruttosozialprodukt um den Faktor 141 und das Nettoeinkommen durch Löhne und Gehälter (nach Steuern) um den Faktor 18.

Wir dürfen annehmen, dass die Entwicklungen in anderen Ländern ähnlich verlaufen sind.

Die Schweiz spielt dabei übrigens eine besondere Rolle: mit 28% der weltweit verwalteten Auslandsvermögen (vor Luxemburg und der Karibik mit je 15%) wurde sie zum Weltmeister der Vermögensverwaltung.<sup>17)</sup>

Was müssen wir aus diesen Befunden schliessen?

***1. Die Entwicklung der Buchgeldvermögen und der Realwirtschaft entsprechen sich nicht mehr; das Buchgeld besitzt keine ausreichende Deckung.***

***2. Da das Buchgeld als Kredit fungiert, stehen den Buchgeldvermögen entsprechend grosse Schulden gegenüber, ein gewaltiges Risikopotential.***

## **8. Die Kreditschöpfung der Banken**

Eine weitere Vermehrung des Buchgeldes (und der Schulden) ist durch die gesteigerte Kreditschöpfung der Grossbanken<sup>18)</sup> erfolgt, wie sie auch in der Ausweitung ihrer Bilanzen sichtbar wurde. Für die USA ist diese Risikoquelle gut dokumentiert, und seit Jahren wird davor gewarnt. Die Schweiz ist in anderer Hinsicht Spitzenreiter: Das Verhältnis der Aktiven des Bankensektors zum BIP im Jahr 2008 betrug 8,2 : 1 ( USA

0,9:1; Deutschland 3,4 :1, Belgien 6,3 :1). Dabei handelt es sich zum grössten Teil um ausländische Aktiven.<sup>19)</sup>

Die Kreditschöpfung der Banken entzog sich weitgehend der staatlichen Kontrolle. Sie wurde vor allem in Hinblick auf mögliche inflationistische Tendenzen, weniger auf die gesteigerte Krisenanfälligkeit diskutiert .

### **9. Anlagedruck und neue „Finanzprodukte“**

Die Besitzer der grossen Geldmengen strebten danach, sie anzulegen, um entsprechend der Grundidee des Kapitalismus weitere Gewinne zu erzielen: es entstand ein ungeheurer **Anlagedruck**. Zu seiner Befriedigung wurden neben den herkömmlichen Wertpapieren phantasievolle und z.T. „toxische“ sog. Finanzprodukte erfunden, die angeblich hohe Gewinne versprachen. „Diese Papiere repräsentierten einen Nominalwert von rund 600 Billionen \$ - mehr als zweimal soviel wie der ganze Rest der weltweit dokumentierten Vermögenswerte, sei es Bargeld, seien es traditionelle Finanzanlagen oder anderes Eigentum“ (Hernan de Soto).<sup>20)</sup> .

### **10. Astronomische Steigerung des Umsatzes von Buchgeld und Buchwerten**

Der *technologische Fortschritt der Kommunikationssysteme* erlaubt seit zwei Jahrzehnten Transaktionen in Echtzeit (und ist deshalb praktisch nicht mehr zu kontrollieren) : in Sekundenschnelle können Buchgeld - Milliarden etwa von London nach Singapur und von dort nach Zürich verlagert werden. Das gleiche gilt für Buchwerte. Umsatz ist aber Geldmenge x Geschwindigkeit: die umgesetzten Vermögenswerte erreichten astronomische Grössen.

*„Im Jahr 2007 war das Volumen der Finanztransaktionen 73,5 –mal so hoch wie das nominelle Welt-BIP, seit 1990 expandiert es fast fünfmal so rasch wie die Weltwirtschaft“<sup>21)</sup>.*

Alle die in Abschnitt II geschilderten Faktoren wirkten zusammen und schufen den Überhang an Buchgeld, der die gegenwärtige „Subprimekrise“ und in der Folge dann die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ausgelöst hat und weitere Krisen auslösen wird. **Die Buchgeldschwemme ist ihre eigentliche und tiefere Ursache.**

## **III. Die Lage vor Ausbruch der Krise**

*Obwohl absehbar, traf der Ausbruch der Krise die meisten Verantwortlichen in der Politik, den internationalen Organisationen, der Wirtschaft und der Wissenschaft unvorbereitet; um so grösser war ihre psychologische Wirkung. Betrachten wir kurz diese Ausgangslage:*

**11. Der Überfluss an Buchgeld hat die Vergabe von Krediten erleichtert.** Dies im Zusammenspiel mit einem fast weltweit günstigen Wirtschaftsklima (keine grossen politischen Katastrophen, Tiefzinspolitik der FED, Boom in den grossen Entwicklungsländern) führte zu einer **langen Hochkonjunktur der Realwirtschaft.**

**12.** Infolgedessen **erschien der Wohlstand** in der westlichen Welt **gesichert**, der Konsum nahm zu, die Realeinkommen (der oberen Einkommensklassen) stiegen.

**13.** Infolge der Kreditausweitung entstanden **in der Finanzwirtschaft ungewöhnlich grosse** (teils virtuelle) **Gewinne**. Dadurch **veränderten sich die Massstäbe für das** in einer soliden Wirtschaft **Machbare** (und Erlaubte), Einsichten in die Zusammenhänge von Risiko und Gewinn gingen verloren. Hohe Ansprüche an die Eigenkapitalrendite (Josef Ackermann beanspruchte für die Deutsche Bank 25%!), hohe Boni für die Unternehmensspitzen als Lohn für kurzfristige Gewinne, eine bisher unbekannte Spreizung der Lohnspannen in den Unternehmen waren die Folge.

#### **14. Zunehmender Verschuldungsgrad internationaler Grossbanken**

Von 25 führenden internationalen Grossbanken waren im Jahr 2008 deren 15 schlecht kapitalisiert: 7 Banken besaßen ein Eigenkapital von lediglich 3%, weitere 8 Banken von lediglich 2% im Verhältnis zur Bilanzsumme (zu dieser letzten Gruppe gehörte auch die UBS). Meist war die Bilanzsumme im Lauf der Konjunkturphase gewachsen, das Eigenkapital aber unverändert geblieben oder herabgesetzt worden. Den bewegten Kapitalmassen gegenüber stand also eine sehr geringe Absicherung gegen Unfälle und Krisen<sup>22)</sup>. Diese Entwicklung war nur möglich, weil die staatlichen Aufsichtsbehörden (auch die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) und das Finanzdepartement) versagten. (Es mutet dennoch fast zynisch an, wenn jene Kreise, die jahrzehntelang dafür plädiert haben, staatliche Kontrollen zu schwächen, die aktuelle Krise nun vor allem auf Staatsversagen zurückführen).

#### **15. Hedgefonds und „Finanzprodukte“**

Die für die Effektenbörse relativ neuen Vertragsformen (Kontrakte auf die Zukunft und damit Hedgefonds wurden dort erst 1982 möglich<sup>23)</sup>) und „Finanzprodukte“ (Formen von auf künftige Ereignisse bezogenen Derivaten) erzielten grosse Gewinne; in einer Atmosphäre des Laissez-faire wurden sie von den staatlichen Organen kaum kontrolliert.

**16.** Auch viele **grosse Unternehmen der Realwirtschaft gerieten unter unangemessenen Erfolgsdruck** (das Beispiel der anscheinend so erfolgreichen Finanzwirtschaft, der Einfluss der neoklassischen Ideologie, die Forderungen von Analysten und Shareholdern). Auch hier veränderte sich die Unternehmenskultur; um ihre Gewinne aufzubessern, stiegen sie mit spekulativen Geschäften in den Finanzmarkt ein.

#### **17. Realitätsverlust in den Wirtschaftswissenschaften**

In den Wirtschaftswissenschaften entwickelte sich ein starker Hang zur Quantifizierung. Viele Wirtschaftswissenschaftler auch auf höchster fachlicher Ebene liessen sich von der Faszination mathematischer Modelle betören und verloren den Sinn für die institutionellen und historischen Bedingungen wirtschaftlicher Realität. Ein Beispiel: Zwei mathematisch begabte Ökonomen entwickelten, auf der Basis der *Beobachtung von nur 5 Jahren vorgängiger Marktentwicklung*, eine Formel, nach der Hedgefonds den Gewinn maximieren und das Risiko minimieren konnten, machten

damit zuerst grosse Gewinnen und erhielten dafür 1997 den *Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften!* 1998 ging ihr Fonds LTCM in Konkurs und nahm viele andere mit sich. <sup>24)</sup> (Man stelle sich das Gelächter vor: die Nobelkommission für Physik krönt zwei Erfinder des Perpetuum Mobile mit dem Nobelpreis, um ein Jahr später festzustellen, dass es leider doch nicht funktioniert.....).

### **18. Das unerkannte Risiko**

Obwohl die grundlegenden Daten verfügbar und die Natur der Finanzblase bekannt waren und es nicht an warnenden Stimmen fehlte, *wurde die Gefahr von den meisten Wirtschaftswissenschaftlern, von den hochqualifizierten Fachleuten in den Regierungen, Wirtschaftsverbänden, Think Tanks und Unternehmen ignoriert.* <sup>25)</sup>

Wahrscheinlich haben die überwiegend geteilte neoklassische Überzeugung, der so deutlich sichtbare Erfolg dieser „freien“ Marktwirtschaft und die gegenseitige Bestärkung in einer Meinungsmajorität („Erfolgskultur“, Neckel 2008, 2009 <sup>26)</sup>) zu dieser Realitätsblindheit beigetragen. Andererseits waren natürlich der genaue Zeitpunkt und wohl auch das verheerende Ausmass der daraus entstehenden Weltwirtschaftskrise kaum vorausszusehen. Bekannt ist aber, dass derartige Krisen, vor allem auch wegen des hohen Anteils psychologischer Verursachung, Systeme mit positiver Rückkoppelung sind; sie gleichen darin einem Grossbrand oder dem Reaktorunfall von Tschernobyl; um so mehr wäre höchste Vorsicht angebracht gewesen.

## **IV. Von der „Subprimekrise“ über die „Finanzkrise“ zur Weltwirtschaftskrise**

*Der Rest der Geschichte ist in seinen wesentlichen Zügen bekannt und oft beschrieben worden; deshalb kann ich mich kurz fassen:*

### **19. Die Entstehung der Subprimekrise:**

Zunächst läuft alles reibungslos:

- Buchgeld drängt in den amerikanischen Hypothekenmarkt
- Steigende Grundstückspreise versprechen Spekulationsgewinne
- Kredite werden insbesondere durch die US-Notenbank stark verbilligt
- Riskante Hypotheken werden massenhaft finanziert
- Wallstreet – Banken mischen gute und schlechte Risiken zu eigenen Wertpapieren mit seriös klingenden Namen („residential mortgage- backed securities RMBS“) und werfen sie massenweise auf den Wertpapiermarkt
- Rating-Agenturen segnen die Papiere ab
- Grosse und kleine internationale Geldgeber, vor allem auch Grossbanken, investieren in grossem Masstab und grösstenteils mit geborgtem Geld
- Staatliche, mit Fachleuten aus der Bankenwelt durchsetzte Kontrollinstanzen billigen das Einsteigen der Grossbanken.

### **20. Der Absturz in die Finanzkrise:**

- Immer mehr Hypothekenschuldner werden zahlungsunfähig
- Rating-Agenturen senken die Bewertung der Papiere

- Eine allgemeine Fluchtbewegung setzt ein
- Die Preise der Papiere sinken ins Bodenlos
- Grossbanken , die auf Kredit zuviel in toxische Papiere investiert haben, müssen Milliarden abschreiben
- Im Finanzsystem verbreiten sich weltweit Unsicherheit, Angst und Misstrauen
- Regierungen verbreiten weiterhin Optimismus, schauen weg oder waschen ihre Hände in Unschuld.

## **21. Aus der Finanz - entsteht eine Weltwirtschaftskrise:**

- Das Kapital sucht andere Anlagemöglichkeiten (Rohöl- und Nahrungsmittelpreise steigen!)
- „Lehman Brothers“ geht bankrott, andere grosse und kleine Banken folgen
- Das Vertrauen, insbesondere das gegenseitige Vertrauen der Banken als Grundlage der Kreditgewährung geht verloren
- auch die Realwirtschaft erhält nicht mehr genügend Kredite
- Regierungen unterstützen die Grossbanken und andere Grossbetriebe mit nie dagewesenen Summen
- Die Nationalbanken senken die Zinsen fast auf Null, aber ohne sichtbaren Erfolg; Alle beklagen den allgemeinen Vertrauensverlust
- Ganze Länder stehen vor dem Bankrott und suchen Hilfe beim Weltwährungsfonds
- Protektionistische Tendenzen nehmen in vielen Ländern zu
- Die Geschäftstätigkeit der Realwirtschaft leidet; die Aufträge nehmen ab.
- Die Krise breitet sich immer mehr auf die Realwirtschaft aus und wird zu einer internationalen Rezession
- Es kommt zu Massenentlassungen
- Die Zahl der Konkurse steigt an
- Das Ausmass und Ende dieser seit 1930 ersten Weltwirtschaftskrise ist nicht abzusehen.

## **V. Die schwerwiegenden Folgen**

*Die Folgen dieser Entwicklung sind katastrophal und werden Staaten und Wirtschaft noch lange belasten:*

### **22. Schon jetzt wird sichtbar:**

- Viele Regierungen haben sich in nie dagewesenem Mass verschuldet; noch ist ungewiss, ob Inflationen vermieden werden können. Die Steuerzahler werden die Last in Jahren abtragen müssen.<sup>27)</sup>
- Besonders hart sind viele vom Rohstoffexport abhängige Entwicklungsländer betroffen.
- Weltweit ist die Realwirtschaft in Schwierigkeiten geraten. Entsprechend hat die Zahl der Konkurse zugenommen. Weltweit ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Zahlreiche Betriebe haben Kurzarbeit einführen müssen .
- Millionen von Menschen haben ihr Heim, ihr Vermögen oder beides verloren.

- In vielen Ländern sind die Altersrenten verloren gegangen, gefährdet oder wenigstens von Kürzungen bedroht. Die Sozialwerke auch der Schweiz geraten in Schwierigkeiten.
- Die Nahrungsmittelkrise hat sich ausgeweitet und betrifft nun über eine Milliarde Menschen.
- „Die wirtschaftliche Krise wird mit zunehmender Dauer zum sozialpolitischen Problem“ (Rudolf Stämpfli <sup>28</sup>)
- Aber einige Hedgefonds-Manager haben an der Krise Milliarden verdient <sup>29</sup>.

## **VI. Lässt sich eine Wiederholung der gegenwärtigen Krise verhindern?**

*Die gegenwärtig diskutierten Massnahmen greifen zu kurz. Wenn die Geldschwemme Ursache und Ausgangspunkt war, sollte sie auch Ziel der Reformen sein. Ohne einen grundlegenden Bewusstseinswandel wird die Krise sich wiederholen.*

### **23. Die Finanzwirtschaft als Blase**

Wirtschaftskrisen, die aus Ursachen ausserhalb wirtschaftlicher Vorgänge entstehen ( etwa aus politischen Konflikten wie der Ölkrise 1972, aus Naturkatastrophen oder Seuchen) lassen sich ebenso schwer voraussehen wie verhindern. Aber die gegenwärtige Krise ist aus grundlegenden Systemfehlern der Wirtschaft selbst entstanden; eine Wiederholung liesse sich durch Veränderungen gefährlicher Strukturen und Funktionsprinzipien verhindern. Wer künftige Gefahren nicht erkennt oder sie ignoriert, wird sie allerdings auch nicht vermeiden können.

*Die Finanzwirtschaft hat die Funktion, die Realwirtschaft zu unterstützen, schafft aber selbst keine realen Werte. Aus Geld allein wird kein Geld. Das weiss man schon seit Adam Smith, aber heute hat sich die Finanzwirtschaft abgelöst und ist dadurch gemeingefährlich geworden. Die oben (II) vorgestellten Sachverhalte lassen nur einen Schluss zu: Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, das Anwachsen der Buchgeldvermögen, die Kreditschöpfung der Banken, die Erfindung neuer „Finanzprodukte“ und die Erhöhung des Umsatzes haben die Beziehung der Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft gossenteils aufgehoben. Die Finanzwirtschaft ist weitgehend virtuell, ist zur Blase geworden.*

Diese Blase musste einmal platzen: man konnte nicht genau wissen wann und wo, aber es war klar, dass es geschehen würde. Und genau so klar ist, dass sich, wenn diese Fehlentwicklungen nicht behoben werden, Ähnliches in einigen Jahren wiederholen wird, vom exponentiellen Anwachsen des Buchgeldumsatzes bis schliesslich zu einem neuen Absturz. Ein Teil des überschüssigen Buchgeldes wird sich auch auf die Rohstoffmärkte stürzen, wie wir es vor zwei Jahren im Erdöl- und Nahrungsmittelmarkt erlebt haben. Aber leider lassen die Diskussionen in den Regierungen, den internationalen Gremien und der Wirtschaft befürchten, dass man Massnahmen plant, die durchaus nützlich sind, aber die tieferen Ursachen nicht treffen. Manchmal scheint es sogar, als wolle man, wenn die Krise einmal abgeflaut ist, möglichst bald wie bisher weitermachen.

## 24. Was könnte man tun ?

Die wichtigste Massnahme dürfte , allgemein ausgedrückt, „ *die Rückführung der Finanzindustrie zur Realwirtschaft*“ (Rudolf Stämpfli (s.o.) sein. Wenn meine Analyse der Ursachen in Teil II richtig ist, geht es vor allem darum, den astronomisch hohen Buchgeldumsatz auf ein tragbares Mass zu verringern. Allerdings sollten die zu treffenden Massnahmen zwei Voraussetzungen berücksichtigen:

- Bedenken wir zuerst, dass Eingriffe in ein komplexes System so gut wie immer unvorhergesehene und oft unerwünschte Nebenwirkungen erzeugen. Vorsichtige und schrittweise eingeführte Massnahmen, sind daher vorzuziehen, um **Nebenwirkungen kontrollieren** zu können.
  - Eine Voraussetzung grundsätzlicher Massnahmen im bestehenden internationalen Konkurrenzsystem wäre zudem **eine Einführung auf internationaler Ebene**, z.B. der G 20; sonst ist schwer vorstellbar, wie eine politische Akzeptanz erreicht werden könnte. Insbesondere die Schweiz mit ihrer weitgehend vom Ausland abhängigen Wirtschaft kann sich Alleingänge nur beschränkt leisten. Das dürfte sich als unüberwindliche Hürde für viele an sich mögliche Massnahmen erweisen.
- Gehen wir bei unseren weiteren Überlegungen einmal von der Formel **Umsatz = Buchgeldmenge x Geschwindigkeit** aus:

### **Zur Verringerung der Buchgeldmenge:**

#### **1. Erhöhung des Eigenkapitals der Banken**

Fachleute und das Seco wollen die vorgeschriebenen Eigenmittelanteile bei den Banken drastisch erhöhen und dadurch deren Kreditschöpfung begrenzen. Diese Massnahme ist wahrscheinlich **wirksam, wenn sie weit genug geht**, und erscheint politisch durchsetzbar, **falls sie international beschlossen wird**. Die Kreditschöpfung der Banken war aber nur eine, wenngleich eine wichtige Ursache der Buchgeldschwemme.

#### **2. Zur Begrenzung der Buchgeldvermögen:**

##### **Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung im Sinne einer Begrenzung nach oben:**

Rein theoretisch sind Massnahmen dazu denkbar. Man könnte z.B. **den Anteil des Lohns gegenüber der Kapitalrendite** oder die **Steuerprogression** drastisch erhöhen. Beide Massnahmen könnten im Prinzip schrittweise eingeführt werden. Jede der vorstellbaren Massnahmen würde allerdings einen Eingriff in Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der entwickelten Länder, in Eigentums- und Freiheitsrechte darstellen<sup>30)</sup>, weder einfach noch unbedenklich; und sie würden eine Änderung der gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse voraussetzen. Es ist kaum vorstellbar, dass sie unter den gegenwärtigen Bedingungen realisiert werden können.

##### **Reform des Geldsystems:**

Dazu wurden schon vor Jahrzehnten Vorschläge gemacht. Silvio Gesell hat 1891 die **Abschaffung des Zinses bei gleichzeitiger Sicherung des Umlaufes** gefordert und diese Massnahme später in den Rahmen seines Projektes der **Freiwirtschaft** gestellt.<sup>31)</sup> Das wäre eine grundlegende Reform, deren unbeabsichtigte Nebenwirkungen wir freilich nicht kennen. Aber so fundamentale Änderungen sind leider nur schwer zu erreichen. und obwohl die Kritik am Zinssystem berechtigterweise wächst, sind wir einer Realisierung der Freiwirtschaft wohl nicht viel näher als zu Gesells Zeiten.

### **Regionalwährungen:**

Andere Projekte versuchen über die Einführung von (zinslosen) Regionalwährungen die Abhängigkeit vom kapitalistischen Geldmarkt zu verringern<sup>32)</sup>.

Regionalwährungen haben sich in Einzelfällen als Notwährungen bewährt und finden in den letzten Jahren auch wieder eine weitere Verbreitung. Ihr Gesamtumfang ist aber vergleichsweise bescheiden; und „es nützt nicht viel, auf Deck in die richtige Richtung zu gehen, wenn das Schiff in die falsche Richtung fährt“<sup>33)</sup>: man kann sich nur schwer vorstellen, wie der Einfluss von Regionalwährungen die gewaltige Dynamik des traditionellen internationalen Geldsystems und ihre Folgen beeinflussen könnte.

Regionalwährungen hätten eine weitere positive Wirkung: sie würden die Globalisierung dort bremsen, wo sie insgesamt mehr Nachteile als Vorteile bringt, und eine neue **Regionalisierung** wirtschaftlicher Prozesse unterstützen<sup>34)</sup>. Viele, vor allem auch ökologische Gründe, sprechen dafür, jene Produkte, die in einer Region mit tragbaren Kosten hergestellt werden können, tatsächlich dort herzustellen und zu vertreiben. Für jeden wirtschaftlichen Prozess dürfte es eine optimale geographische Basis (der Produktion und des Verbrauchs) geben. Es ist unsinnig, jeden Morgen Kipfel aus Polen in die Schweiz einzufliegen, aber sinnvoll, Autos in grossen Werken für eine internationale Kundschaft herzustellen. Eine derartige Regionalisierung würde die Stabilität der Regionen erhöhen und die Ausbreitung globaler Wirtschaftskrisen bremsen.

### **3. Zur Verringerung der Umsatz-Geschwindigkeit**

Auch dieser Gedanke ist nicht neu: die Weltbank schlug vor einigen Jahren, ohne sich durchzusetzen, die **Einführung von Geschwindigkeitslimiten** jedenfalls für die Ausdehnung des Kreditportfolios der Banken vor, und Josef Stiglitz empfiehlt Geschwindigkeitslimiten als einfache Regulierungsmassnahmen<sup>35)</sup>. Prinzipiell lassen sich derartige Limiten für die verschiedensten Geldgeschäfte, auch an der Börse, vorstellen. Aber auch hier handelt es sich um Eingriffe in Freiheitsrechte, in die Handlungsfreiheit im Kapitalmarkt, und vorläufig kann ich keine politische Bereitschaft dazu erkennen.

Eine Massnahme zur Verringerung des Umsatzes könnte die von James Tobin 1972) vorgeschlagene **Tobin-Steuer** auf finanzielle Transaktionen (Arbitrage und Spekulationsgeschäfte) sein. Allerdings müsste sie recht hoch sein, um spekulative Geschäfte mit grossen Gewinnerwartungen zu verhindern. Spahn (2002)<sup>36)</sup> hat zur

Ergänzung eine **Devisentransaktionssteuer** vorgeschlagen. Die Einführung dieser Steuern wurde von verschiedenen europäischen Ländern beschlossen, allerdings unter der noch nicht erfüllten Voraussetzung der Einführung in der EU.

## **25. Es bleibt die Hoffnung auf einen Bewusstseinswandel**

Wenn ich das Ergebnis all dieser Überlegungen zusammenfasse, kann ich nur wenige Anzeichen dafür erkennen, dass sich eine (wahrscheinlich noch schlimmere) Wiederholung der gegenwärtigen Krise vermeiden lässt; allzustark sind die Verantwortlichen im bisherigen Denken verhaftet. Dennoch sollten wir nicht einfach resignieren. Eine prominente sozialwissenschaftliche Theorie, wissenschaftliche Untersuchungen und historische Beobachtungen, sprechen dafür, **dass sozialer Wandel in unserer Kultur oft durch den Einfluss von Minoritäten erfolgt** <sup>37)</sup>. Einzelne Personen, kleine Gruppen können **neue Ideen** hervorbringen, die meist im Gegensatz zu den herrschenden Vorstellungen, Werten und Normen stehen; werden sie flexibel und beharrlich vertreten, können sie zu „sozialen Bewegungen“ werden und sich schliesslich, meist aber erst in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen, durchsetzen; dann ändern sich die gesellschaftlichen Vorstellungen und Werte und damit die Kultur. Beispiele eines solchen Kulturwandels im letzten Jahrhundert sind die allmähliche Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen, wie auch die Erkenntnis der Bedeutung der Ökologie. Freilich werden mehr Ideen produziert als dann schliesslich überleben; nur wenige erweisen sich als erfolgreich, und welche Idee schliesslich die Gesellschaft verändern wird, ist vorher schwer zu erkennen.

Heute gerät die globalisierte Wirtschaft, geraten immer mehr Menschen in Not, und Not kann erfinderisch, vielleicht sogar weiser machen. Vielleicht dürfen wir darauf hoffen, dass sich Ideen über ein sinnvolleres Wirtschaften im Rahmen einer besser organisierten Gesellschaft entwickeln und durchsetzen – vielleicht sind sie ja auch schon da, nur noch nicht erkannt; dass ein Bewusstseinswandel stattfindet und Veränderungen bewirkt, bevor zunehmende soziale Spannungen zu Gewalt führen; und dass die Welt damit nicht lediglich reicher, sondern vor allem gerechter und sicherer wird.

In diesem Aufsatz habe ich mich auf die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise konzentriert. Noch gefährlicher ist die ebenfalls aktuelle ökologische Krise, noch schändlicher die Hunger- oder Ernährungskrise<sup>38)</sup>. Aber die Wirtschaftskrise bindet die Mittel, mit denen wir den anderen Krisen entgentreten könnten.

-----

## **Anmerkungen und Literatur**

1) Dieser Aufsatz bezieht sich auf den Stand vom 1.7.2009.

Es mag vielleicht verwundern, dass ich als Psychologe über diese Probleme schreibe, wo es doch so viele Publikationen zur Weltwirtschaftskrise von dazu berufenen Fachleuten gibt. Aber leider beginnen die meisten Analysen, die ich gelesen habe, erst bei der Subprimekrise und vernachlässigen die grundlegenden Ursachen. Sicher sind diese eigentlich seit Jahren bekannt. Mein Aufsatz strebt eine möglichst vollständige Übersicht an, bringt aber im Einzelnen kaum Neues. Und mir scheint, auch als interessierter Laie kann man sich ein gutes Bild machen, wenn man die verfügbaren Unterlagen studiert.

Einige meiner Feststellungen illustriere ich mit Zahlen. Dabei handelt es sich um in verschiedenen Quellen gefundene Berechnungen oder Schätzungen. Es versteht sich, dass in derartige Berechnungen viele Annahmen eingehen und andere Autoren mit anderen Annahmen zu etwas anderen Ergebnissen kommen würden. Es geht mir aber nicht darum, die genauen Grössen zu vermitteln, sondern die *Grössenordnung der diskutierten Sachverhalte* aufzuzeigen.

2) Die Begriffe *Kapitalismus* und *Marktwirtschaft* werden oft als synonym betrachtet, beziehen sich aber auf verschiedene Aspekte einer Wirtschaftsordnung. *Kapitalismus* bezieht sich auf eine Wirtschaftsordnung, in der das *Kapital* den wichtigsten Produktionsfaktor darstellt und Gewinn abwerfen soll; das Eigentum am Kapital kann in der Folge, wenn keine institutionellen Regelungen das verhindern, auch leicht zum herrschenden gesellschaftlichen Machtfaktor werden. *Marktwirtschaft* bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, in der Austausch in den verschiedenen Märkten das wichtigste Regulationsprinzip (z.B. für Preise und Löhne) darstellt. Beide Ordnungsformen können verschieden stark ausgeprägt sein; sie ergänzen sich gut, aber im Prinzip kann es Kapitalismus mit unvollkommener Marktwirtschaft und Marktwirtschaft mit begrenztem Kapitalismus geben. Und obwohl die Kontroverse „Staat oder Markt“<sup>3)</sup> die theoretische Debatte geprägt hat, haben doch die Staaten in den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern die Märkte immer gesteuert, unterstützt und kontrolliert. Allerdings haben sie das jeweils in ihrer eigenen Weise getan; die Rolle des Staates etwa in der Schweiz, Deutschland, den USA, Frankreich oder Japan war sehr verschieden

3) Yergin D. & Stanislaw J. (1999): *Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*. Campus Verlag Frankfurt/New York

4) Jeffrey D. Sachs (2008): *Wohlstand für Viele. Globale Wirtschaftspolitik in Zeiten der ökologischen und sozialen Krise*. Siedler Verlag München.

5) Hans Christoph Binswanger (2006): *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Metropolis Verlag Marburg.

6) Zur Entstehung des Neoklassischen Liberalismus siehe z.B. Daniel Yergin & Joseph Stanislaw (1998, siehe Anm. 3).

7) Für die Schweiz siehe z.B. Viktor Parma (2007): *Machtgier. Wer die Schweiz wirklich regiert*. Nagel & Kimche 2007.

Für Deutschland: Sascha Adamek & Kim Otto (2008): *Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selber schreiben*. Kiepenheuer & Wisch

Für die USA: Robert Reich (2007): *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt*. Campus Verlag Frankfurt/New York.

8) Jan Priewe (2008): *Leistungsbilanzdefizit der USA*.  
In : Politik und Zeitgeschichte Nr.07 2008.

9) Joseph Stiglitz : *Die Schatten der Globalisierung*. Sidler Verlag Berlin 2002 (Zitat von S. 36).

10) NZZ Nr. 275 vom 3.11.2008, S.5: *Ist der amerikanische Traum in Gefahr?* Quelle US Census Bureau.

11) Robert Reich (2007) siehe oben; nach Survey des US Federal Reserve 2006/07

12) *DIE ZEIT* Nr. 5 vom 22.1.2009, S.27: *Die andere soziale Kluft. Eine neue Armutsstudie offenbart: zwischen den besonders Vermögenden und den Habenichtsen wächst der Abstand*. Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW.

13) Alle Daten aus: Hanspeter Stamm, Adrian Fischer & Markus Lamprecht (2007): *Einkommen und Vermögen: Nimmt die Ungleichheit zu?* In: Sozialalmanach der Schweiz 2008. Caritas Verlag.

14) Zum wachsenden Vermögen der Reichen tragen wir bekanntlich alle bei. Die in jedem Produktionsvorgang für das eingesetzte Kapital anfallenden Zinsen sind in den Endpreisen enthalten; die Zinsanteile sind unterschiedlich; sie dürften im Jahr 2000 auf 30-40% belaufen haben. *Diese Zinslasten tragen alle Konsumenten; die Zinserträge aber gehen überwiegend zugunsten des obersten Vermögens-Decils*. Dazu: Helmut Creutz (2004): *Die 29 Irrtümer rund ums Geld. „ Irrtum Nr. 7: Zinsen muss nur derjenige zahlen, der Schulden macht!“* S.77-86. Signum Wirtschaftsverlag München, Wien.

15) Nach Creutz (2004) , siehe oben; S. 136 u.S.187.

16) Guptara, Prabhu (1987): *Was Niemand sehen will: Die Folgen eines auf Zins beruhenden Weltwirtschaftssystems*. In: Mathias Weis, Heiko Spitzbeck (Hrsgb.): *Der Geldkomplex. Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien*. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 41. Haupt Verlag Bern.

17) Nach Beobachter Nr. 7 vom 3.4.2009, S33: *Wo das weltweite Auslandsvermögen verwaltet wird*.

18) Zur Funktion der „Geldschöpfung durch Kredit“ vgl. Binswanger (2006; s.O. Anm. 5), 3. Kapitel.

- 19) NZZ Nr. 139 vom 19.6.2009: *Die Nationalbank setzt sich für mehr Systemstabilität ein.* Quelle SNB.
- 20) In der NZZ Nr. 64 vom 18.März 2009, S.27: *Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine Krise des Rechts.*
- 21) Oestereichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008): *Handelsdynamik und Preisschwankungen auf den Finanzmärkten und das Stabilisierungspotential einer Finanztransaktionssteuer.* Wifo Monatsbericht 8/2008.
- 22) Capital 16.4. 2009 (Website): *Deutsche Bank hat zuwenig Eigenkapital.* Quellen: Bloomberg und SNB.
- 23) u. 24) Niall Ferguson (2008) : *The Ascent of Money. A financial History of the World. Chapter 4: The return of risk.* The Penguin Press, New York.
- 25) Man lese etwa die noch im Mai 2008 von den Leitern von Avenir Suisse verfassten Artikel : *Marktwirtschaft ist keine Religion, die gute Taten verlangt.* (Sonntagszeitung vom 1.6.2008, S. 74). Und Economie Suisse meinte, die „*plakative Schlagzeile von der Sozialisierung der Verluste*“ sei durch die Erfolge der Marktwirtschaft widerlegt, und endete mit der Schlussfolgerung:  
 „*Markt, Freiheit und die damit verbundene Verantwortung sind eindeutig überlegen. Wir brauchen daher keinen Umbau unseres Wirtschaftssystems mit neuen Einschränkungen und Verboten....*“ (Die marktwirtschaftlichen Prinzipien sind überlegen. Sonntagszeitung vom 1.6.2008, S.38/39.) Das war die Antworten auf das 1. Manifest von kontrapunkt : *Gier und Angst sind keine tauglichen Leitmotive* (Sonntagszeitung vom 11.5.2008, S. 72).
- 26) Sighard Neckel in der NZZ vom 24.4.2009: *Das Desaster der Erfolgskultur.* Vom gleichen Autor : *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft.* Campus Verlag 2008.
- 27) Im Februar 2009 betrug die von den USA zur Bewältigung der Krise aufgebrachtten Kosten bereits **7 Billionen \$**, mehr als die Kosten der beiden Weltkriege, der Korea- Vietnam- und der beiden Irak-Kriege zusammen! (Quelle: Beilage *Report on Business* der *Globe and Mail* ( Toronto) S.39: *Bailout Bubble.*) Die Kosten der Stabilisierung des Bankensystems werden sich nach Schätzungen des IMF für die USA auf 12,7 % , für die Schweiz auf 1,5 % , für die Industrieländer insgesamt auf 7% des BIP belaufen (NZZ Nr. 89 vom 18/19.4.2009, S.25: *Wie aus einer Wirtschaftskrise eine Schuldenkrise wird.*)
- 28) Referat auf der Tagung „*Auswirkungen der Finanzkrise auf die Arbeitgeberschaft und den Werkplatz Schweiz*“, Thuner Ethikforum am 5.5.2009
- 29) NZZ vom 26.3.2009: *Vier Hedge-Fonds-Manager verdienen über eine Milliarde.*
- 30) Bisher scheint man im kapitalistischen System davon auszugehen, dass das Eigentum prinzipiell unbegrenzt ist. Ein Beispiel: der mexikanische Geschäftsmann

Carlos Slim „kontrolliert gut einen Drittel des an der mexikanischen Börse gehandelten Kapitals“. (NZZ. - mit leisen Bedenken: Nr. 245 vom 26.3.2009, S.13: *Geschäftssinn und Macht des Patriarchen* ).

31) 32) Sowohl zur Freiwirtschaft als auch zu den Regionalwährungen finden sich Aufsätze in Mathias Weis und Heiko Spitzeck (2008), s.o. Anm. 16.

33) Die Quelle dieses treffenden Vergleichs konnte ich leider nicht mehr auffinden.

34) Büchi -v.Arx , Trudi (2006): *Europa der Regionen*. Neidhardt & Schön AG.Zürich

35) Josef Stiglitz in der NZZ Nr. 208 vom 6./7. September 2008: „*Neu Regulatorien sollen Exzesse verhindern*“.

36) Spahn, Paul Bernd (2002): *Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer*. Studie im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn , Frankfurt a.M. Vgl. auch die in Anm. 19 angeführte Wifo-Studie.

37) Serge Moscovici (1979): *Sozialer Wandel durch Minoritäten*. Urban & Schwarzenberg, München/Wien.

38) Mehr als ein Milliarde Menschen (ein Sechstel der Weltbevölkerung), alle in den Entwicklungsländern, leiden nach dem jüngsten Bericht der FAO an Hunger. ( NZZ Nr. 140 vom 21./22.Juni 2009, S.5: *Mehr Menschen als je zuvor leiden an Hunger*). Seit unserem 1. Manifest im Mai 2008 (s.o. Anm. 25) hat die Zahl der Hungernden um rund 100 Mio.zugenommen.